

Zwischen Hitler, Beneš und Tito. Deutsch-tschechoslowakische und deutsch-jugoslawische Konfliktgeschichte als Beispiele für Aufgaben der Mittel- und Südosteuropa-Forschung

Der Referent startete seine Ausführungen mit der kurzen Erwähnung der „Avnoj-Beschlüsse“ und der „Beneš-Dekrete“, die in den vergangenen Jahren wiederholt Gegenstand medialer Berichterstattung im deutschsprachigen Raum gewesen sind, um die Aktualität der Thematik zu unterstreichen. Erstere umfassten mehrere Verordnungen bezüglich der Gestaltung der zukünftigen staatlichen Ordnung Jugoslawiens nach Ende der militärischen Besatzung durch das Dritte Reich und dessen Bündnispartner Italien, Ungarn und Bulgarien. Der Name rührt vom „Antifaschistischen Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens“ („Antifašističko vijeće narodnog oslobođenja Jugoslavije“, abgekürzt AVNOJ), der sie verabschiedet hatte. Die Beschlüsse bedeuteten für die deutschsprachige Bevölkerung Jugoslawiens in erster Linie Enteignung und letzten Endes z. T. auch Abwanderung und Aussiedlung, obwohl die Beschlüsse keine Vertreibung vorsahen, wie der Vortragende später betonen sollte. Die Beneš-Dekrete hingegen gehen auf einen Personennamen zurück, der seither damit v. a. negativ identifiziert wird, nämlich den früheren tschechoslowakischen Präsidenten Eduard Beneš (1884-1948), der 1945 den tschechoslowakischen Staat mit diesen 143 Dekreten regierte. Auf Basis einiger dieser Dekrete wurde eine „Rechtsgrundlage“ für die Entrechtung, Enteignung und Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung in der Tschechoslowakei geschaffen, die für viele nicht nur Heimatverlust, sondern auch den Tod bedeutete. Gleichzeitig machte Suppan mit diesen Beispielen deutlich, dass sich die deutsch-tschechoslowakischen und deutsch-jugoslawischen Konfliktgeschichten an Minderheitenfragen entzündeten und bis heute immer noch daran festmachen. Diese Fragen und Konflikte waren größtenteils Produkte der Pariser Vororteverträge von 1919/20, womit die verhängnisvolle Dimension der europäischen „Friedensordnung“ nach dem Ersten Weltkrieg verdeutlicht wird.

In weiterer Folge erläuterte der Vortragende anhand vieler einzelner Punkte sein Thema:

- Deutsche und Tschechen, Deutsche und Slowaken, Deutsche und Slowenen, Deutsche und Kroaten sowie Deutsche und Serben hatten in der Habsburger Monarchie bis 1914 im alltäglichen Leben ein relativ konfliktfreies Auskommen miteinander. Die städtische deutschsprachige Bevölkerung lebte beispielsweise eng mit den slowenischen, südslawischen, jüdischen, magyarischen oder italienischen Nachbarn zusammen und es gab auch ein Miteinander. Vor allem existierten vielfältige wirtschaftliche und soziale Kontakte. Seit den 1880er Jahren entstanden jedoch Diversifikationsprozesse mit Konfliktfolgen und der Herausbildung von eigenen Konfliktgemeinschaften. Die nationalen Rivalitäten nahmen zu. Es kam zu Boykottmaßnahmen. Suppan zitierte die Unruhen und Wirren um die Badeni-Krise 1897, die auch auf die cisleithanische Reichshälfte übergriffen. Die Konflikte gingen in erster Linie von Bildungseliten aus und wurden von diesen auch weitergetragen. Die Printmedien, aber auch humoristische Zeitungen spielten bei der Verbreitung der Differenzen und Vorurteile keine geringe Rolle.

- Im Ersten Weltkrieg setzte eine Eskalation des Nationalitätenkonflikts ein. Das Diktum von der angeblichen Unzuverlässigkeit der nichtdeutschsprachigen Bevölkerungsgruppen der Donaumonarchie machte die Runde. Dabei stand es mit der Loyalität der verschiedenen Nationalitäten zur Monarchie und in der k.u.k.-Armee gar nicht so schlecht. Doch war die Propaganda weit wirksamer. Suppan verwies in diesem Zusammenhang auch auf die Todesurteile und die Härte der österreichisch-ungarischen Militärgerichtsbarkeit. Doch gab es im Krieg selbst bspw. keine größeren Gegenaktionen oder Racheakte auf serbischer Seite. Der

Respekt vor dem militärischen Gegner war ausgeprägt.

- Nach 1918 spitzte sich die Situation noch weiter zu. Aus dem zusammengefallenen Vielvölkerstaat der Habsburger Monarchie entstanden neue und weit kleinere Nationalitätenstaaten. Die Tschechoslowakei schloß Tschechen, Slowaken, Ungarn und Deutsche als Bevölkerungsgruppen ein, der „SHS-Staat“, das spätere Jugoslawien, eben Serben, Kroaten und Slowenen usw. Es handelte sich bei diesen Staaten eigentlich um Nationalitätenstaaten, die aber Nationalstaaten sein wollten, woraus sich eine Wurzel des Übels ergab. Aus diesen nationalstaatlichen und nationalistischen Prämissen entwickelten sich in Folge Tendenzen zur Entgermanisierung, Entslowenisierung, Entösterreicherung etc. mit der Folge von Beschlagnahmungen, Bodenreformen und Enteignungen.

- Die neuen Minderheitenbestimmungen im Zusammenhang mit den Friedensverträgen 1919/20 waren zwar formal gültig, wurden aber tendenziell zuungunsten der Minoritäten ausgelegt. Es herrschte kein Nebeneinander mehr, sondern das Verhältnis von Siegern und Besiegten, verbunden mit Demütigung und Erniedrigung, was eine Mentalität der Unterdrückung und Unterdrücker sowie auch eine Mentalität der Unterdrückten hervorrief, ein belastender und entsprechend negativ wirkender psychologischer Faktor, der sich als folgenschwer erwies. Durch den Vertrag von Locarno 1925 und im Zuge des Beitritts des Deutschen Reichs zum Völkerbund besserte sich zwar die Situation der deutschsprachigen Minderheiten tendenziell. Minderheitenpetitionen wurden mit mehr Aussicht auf Erfolg eingereicht und stärker ernstgenommen als zuvor. Das international aufgewertete Deutsche Reich stieß nach. Jugoslawien machte nun beispielsweise Konzessionen. Doch blieb die Minderheitenpolitik der Tschechoslowakei eingeschränkt und restriktiv.

- Die Weltwirtschaftskrise bewirkte ein weiteres Auseinanderdriften der Nationalitäten. Die sudetendeutsche Konsumgüterindustrie erfuhr einen Einbruch, während die tschechische Grundstoffindustrie sich weiter entwickelte. Sudetendeutsche organisierten sich ab 1933 unter dem aus der deutschnationalen Turnerbewegung hervorgegangenen Konrad Henlein, was in der Gründung der „Sudetendeutschen Partei“ (SdP) von 1935 zum Ausdruck kam, die immer mehr in nationalsozialistisches Fahrwasser geriet. 1937 bot Henlein Hitler eine stärkere Zusammenarbeit an. Das Verhältnis zur tschechoslowakischen Regierung wurde auch dadurch immer spannungsreicher. In Jugoslawien entwickelte sich die Situation hingegen anders. Im Rahmen einer großen Absatzkrise entwickelte sich auch eine Agrarexportkrise, was für die deutschsprachigen Bevölkerungsteile nachteilig wirkt. Es kommt zu einer Annäherung an Deutschland unter König Alexander. Donauschwaben und Untersteirer finden eine nicht so schlechte Behandlung als Minderheit wie die Deutschen in der Tschechoslowakei. Die Gottscheer, eine ehemalige deutschsprachige Bevölkerung des Gottscheer Landes im früheren Herzogtum Krain (heute Slowenien) und Slawoniendeutsche gingen zum Teil als Wanderarbeiter nach Deutschland.

- Nach Auffassung von Suppan wird der „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich 1938 in seinen weitreichenden Dimensionen von der internationalen Historiographie nach wie vor unterschätzt. Allein die Neue Zürcher Zeitung erkannte damals schon diesen Vorgang sehr zutreffend in seinen Wirkungen. Der „Anschluß“ veränderte die geostrategische Situation grundlegend. Die Tschechoslowakei konnte nun von deutscher Seite „in die Zange“ genommen werden. Die sudetendeutsche Frage wurde jetzt ein Hebel zur Schwächung der CSR. Es folgte die Abtretung dieser Gebiete im Zuge des Münchner Abkommens 1938, das keinen Endpunkt darstellte, sondern nun den Auftakt für weitere Expansionsschritte Hitlers. Die 1939 erfolgte „Erledigung der Resttschechei“, d. h. dessen Annexion und die Errichtung

des „Protektorats Böhmen-Mähren“ folgten gemäß den Vorstellungen, die Hitler schon im November 1937 im inneren Kreis angestellt hatte. Der slowakische Landtag erklärte sich unabhängig. In diesem Zusammenhang verweist Suppan auf die wiederholte Kritik an der Beschwichtigungspolitik, der appeasement policy, gegenüber Hitler, d. h. den Vorwurf an Chamberlain, zu nachgiebig gewesen zu sein. Diese Politik aber stets als schlechtes Beispiel von Außenpolitik darzustellen, greift seiner Auffassung nach zu kurz und genügt nicht. Tatsache ist, dass weder Großbritannien noch Frankreich für einen Krieg vorbereitet waren und sich daher auch gar nicht auf eine militärische Konfrontation mit Deutschland einlassen wollten. Die Appeasement-Politik war so gesehen alternativlos. Suppan verwies dabei auch auf das Paradox, dass die westlichen Demokratien 1919 den Forderungen der deutschsprachigen Bevölkerungen und Minderheitengruppen außerhalb des Deutschen Reiches weitgehend unnachgiebig gegenüber agierten, während sie dem Diktator Hitler 1938 allzu bereitwillig nachgaben. In Jugoslawien wird der „Anschluß“ 1938 mit Blick auf die Entwicklung der deutschsprachigen Minderheiten (die im Bergbau und in der Landwirtschaft integriert waren) als Gefahr wahrgenommen, zumal sich ihre Orientierung an Deutschland verstärken sollte. Eine jüngere Generation an Volkstumskämpfern erhielt Auftrieb und wurde politisch einflussreicher.

- Die Eroberungspolitik Hitlers erfolgte laut Suppan schrittweise, situationsabhängig und daher keinem „Masterplan“ folgend. Gegen Jugoslawien wollte der NS-Diktator an sich keinen Krieg führen. In diese Richtung deutet auch der Dreimächte-Pakt von 1941. Der Sturz der deutschfreundlichen Regierung in Belgrad veränderte jedoch die Situation schlagartig. Ein elftägiger Blitzkrieg deutscher, italienischer, bulgarischer und ungarischer Truppen führte zur Aufteilung Jugoslawiens nach den Vorstellungen Hitlers. Es entstand u. a. ein neuer kroatischer Staat, der um Herzegowina-Bosnien erweitert wurde, ein Satellit NS-Deutschlands und Italiens. In Kroatien etablierte sich damit das Ustascha-Regime unter Ante Pavelic, der eine Genozidpolitik gegen Serben, Juden und Roma einleitete. In der Slowakei etablierte sich eine Regierung unter Jozef Tiso, einem katholischen Priester und Politiker, der die Slowakei deutschem „Schutz“ unterstellte. Unter seinem Regime wurden auch slowakische Juden in die Vernichtungslager der Nationalsozialisten transferiert und ermordet. Hitler nahm lange auf beide (Pavelic und Tiso) Rücksicht und ließ sie gewähren. Ein weiterer Unterschied wird evident: Keine Rücksicht hingegen nahm Hitler auf den vormaligen tschechoslowakischen Staatspräsidenten und Staatspräsidenten des „Protektorats Böhmen-Mähren“ Emil Hácha in Prag und das jugoslawische Kollaborationsregime unter General Milan Nedic in Belgrad. Im Protektoratsgebiet etablierte sich neben der Zivilverwaltung auch die Gestapo und eine SS-Herrschaft.

- Die nationalsozialistische Besatzungspolitik schilderte Suppan in ihrer Vielgliedrigkeit. So kam es zu Anordnungen, die zum Teil gegen internationales Recht (Kriegs- und Völkerrecht) verstießen, v. a. im Kontext der Vorbereitung des „Unternehmens Barbarossa“, des Eroberungskriegs gegen die Sowjetunion ab Mitte 1941, der Hand in Hand mit dem Krieg am Balkan ging. So erfolgten im Krieg gegen Serbien und die Sowjetunion dann auch völlig überzogene Sühnemaßnahmen. Für einen getöteten Wehrmachtssoldaten wurden 100 serbische bzw. russische oder ukrainische Zivilisten erschossen. Diese drastische Vergeltungspolitik wurde auch auf die jüdische Bevölkerung ausgedehnt. Für diese scharfe Art von „Quotenregelung“ sorgte u. a. der österreichische General Franz Böhme, der als bevollmächtigter Kommandierender General in Serbien für Hinrichtungsorgien und Massaker an der Zivilbevölkerung verantwortlich war. Er setzte den berüchtigten Keitel-Befehl vom 16. September 1941 rigoros durch, demzufolge für jeden ermordeten Deutschen bis zu 100 Geiseln und für jeden Verwundeten 50 Geiseln zur Sühne erschossen werden sollen.

- Im Protektoratsgebiet setzte zwar eine Terrorwelle gegen Studierende ein, die sonstige Bevölkerung konnte aber relativ unbehelligt leben. Das Attentat auf Reinhard Heydrich war eine Reaktion des tschechischen Widerstands gegen den Leiter des Reichssicherheitshauptamts (RSHA) und stellvertretenden „Reichsprotektor von Böhmen und Mähren“. Der schon 1941 mit der so genannten „Endlösung der Judenfrage“ von Herman Göring beauftragte Nationalsozialist wurde 1942 bei diesem Anschlag tödlich verletzt. Als Konsequenz folgte ein Vergeltungsschlag der Nationalsozialisten gegen den Ort Lidice, der dem Erdboden gleichgemacht wurde. Alle männlichen Bewohner über 16 Jahre wurden getötet, 172 Frauen in Konzentrationslager gebracht und die Kinder in das Lager der „Umwandererzentralstelle Litzmannstadt“ verschleppt, wo sich ihre Spuren verloren. Als Rechtfertigung wurden Beweise für einen Zusammenhang zwischen Lidice und den Attentätern genannt. Der ab 1943 als deutscher Staatsminister für Böhmen und Mähren im Range eines Reichsministers agierende Karl-Hermann Frank brüstete sich noch 1944, jeden Morgen könne er „ein Widerstandsnest ausheben“. Er habe die Lage völlig im Griff. Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches führten tschechoslowakische Behörden einen Prozess gegen ihn und Frank wurde zum Tode verurteilt. Dennoch machte Suppan deutlich, dass die Rache- und Vergeltungsaktionen in Serbien wesentlich weiter gingen und schärfer waren als beispielsweise im Protektorat. Hauptsächlicher Hintergrund für die relativ milde NS-Besatzungspolitik war der Umstand, dass man das Protektoratsgebiet und seine Bevölkerung für die deutsche Kriegswirtschaft benötigte, die bis in den März und April 1945 hinein auch relativ problemlos funktionierte. 10% der deutschen Kriegsproduktion stammten 1944 aus dem „Protektorat Böhmen-Mähren“. Heydrich unterschied „guttrassige Tschechen“, deren „Eindeutschung“ er empfahl, während die „Schlechtrassigen“ liquidiert oder sterilisiert werden sollten. Suppan verwies auch auf die Differenz des Luftkriegs. Während im Protektoratsgebiet kaum oder keine Luftangriffe erfolgten – Prag blieb so gut wie verschont –, gab es Bombardierungen auch offener serbischer Städte im Raum des ehemaligen Jugoslawiens, Deportationen von Serben und Slowenen, Zwangsrekrutierungen, Geislerschießungen und Exekutionen von jung und alt bis hin zu Schulklassen und ihren Lehrern! Suppan markierte die Unterschiede: Der Bruch zwischen Deutschen und Serben war daher auch total, die Beziehungen völlig zerbrochen, der Bruch zwischen Deutschen und Slowaken hingegen nicht völlig.

- Beneš agierte während des Krieges als tschechoslowakischer Exilpolitiker in London und auf nach Gegen- und Revisionsmaßnahmen. Dabei schloss er auch solche der Vergeltung mit ein. Im Sommer 1942 kommt er seinen Vorstellungen einen bedeutenden Schritt näher. Er erreicht sein Ziel am 6. Juli 1942, als die britische Regierung ihm klar signalisiert, nicht nur das Münchner Abkommen von 1938 zu annullieren, sondern auch einem Transfer der deutschen Bevölkerung zuzustimmen (Reduktion auf mindestens eine Million). Die Duldung der Aussiedlung nach dem Kriege, die man nun als einzige Option betrachtete und sich dann auch als menschenrechtswidrige Vertreibung äußern sollte, zeichnete sich vor diesem Hintergrund bereits deutlich ab. Der Rückzug der Wehrmacht und das Vordringen der Roten Armee schufen dann 1944/45 die Rahmenbedingungen für den bereits Jahre zuvor angedachten Bevölkerungstransfer. Massive Übergriffe setzten bereits ab Mitte April 1945 ein. Die Kaschauer Regierung, die von Moskau eingeflogen worden war, nahm in dieser Zeit in Kaschau (Kosice) als erste (kommunistische) Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken ihr Programm an. Entsprechende Racheakte an der deutschsprachigen Bevölkerung waren einkalkuliert. Im Zuge des Abzugs der Waffen-SS aus Prag kam es im Mai 1945 zum Aufstand, Übergriffen und Morden an Deutschen. Der tschechisch-slowakische Nationalrat gab unmissverständliche Losungen aus: „Fangt die deutschen Mörder! Erschlagt sie bei Widerstand!“ Vertreibungsmaßnahmen artikulieren sich

auch als Folge von ausgeprägten Angstvorstellungen vor den Deutschen. Beneš bezeichnete am 12. Mai 1945 das deutsche Volk als „ein großes menschliches Ungeheuer“, womit Racheaktionen gegen deutsche Zivilisten gerechtfertigt erschienen bzw. legitimiert werden sollten.

Suppan machte in seinen Ausführungen deutlich, dass Racheaktionen gegen deutschsprachige Bevölkerungsteile in Jugoslawien früher einsetzten als im Raum der späteren Tschechoslowakei, nämlich bereits im Oktober 1944. So wurden z. B. rund 7.000 deutsche Zivilisten durch jugoslawische Partisanen ermordet, wie Akten der jugoslawischen Geheimpolizei als späte Quellenfunde erhellten. Die kommunistische Führung unter Josip Broz „Tito“ und Alexander Rankowitsch zeichnete dafür verantwortlich. Als „Kollaborateure“ und „Volksverräter“ wurden sie abgeurteilt. Zu Weihnachten 1944 wurden rund 8.000 Männer und 4.000 Frauen von Donauschwaben zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschickt. 50.000 von 70.000 Personen sind in Hungerlagern gestorben, darunter viele Frauen.

Auf dem Gebiet der ehemaligen Tschechoslowakei setzten Verhaftungen, Internierungen, Eigentumskonfiszierungen und Vertreibungen ein. Es kam zu Plünderungen von Vertriebenen durch Überwachungsorgane, die an sich für die geordnete und geregelte Aussiedlung zuständig sein sollten. Angeordnet waren sie, wie man heute weiß, vom Oberbefehlshaber Armee general Ludvik Svoboda, Ministerpräsident Zdenek Fierlinger und KP-Chef Klement Gottwald. Es ereigneten sich dabei im Mai 1945 viele Fälle von Selbst- und Lynchjustiz. Auf der Brünner Straße flohen in diesen Wochen 25.000 Männer, Frauen und Kinder. Mindestens 1.000 Personen davon überlebten diesen Marsch nicht. In Aussig ereignete sich am 31. Juli 1945 ein Massenmord an der deutschen Bevölkerung. Von humaner und geregelter Aussiedlung konnte kaum die Rede sein. Am ehesten in Südböhmen, wo es der US-Armee gelang, größere Exzesse zu verhindern.

- Suppan verwies in diesem Kontext auch auf Aussiedlungspläne, die bereits in den frühen 1940er Jahren im Exil virulent waren, u. a. auch in Erinnerung an den griechisch-türkischen Bevölkerungstransfer, der am Ende des türkisch-griechischen Kriegs nach dem Ersten Weltkrieg alles andere als friedlich und gewaltlos ablief. Rund 1 Million Griechen mussten Kleinasien verlassen, 100.000 Türken aus Thrakien und Mazedonien nahmen den umgekehrten Weg. Mit dem Vertrag von Lausanne 1923 wurden diese Bevölkerungsverschiebungen international sanktioniert, d. h. akzeptiert. Hitler, Stalin und Tito waren über diese Vorgänge unterrichtet und ersannen analoge Möglichkeiten, ähnlich auch Beneš, der in seinem frühen „Pariser Plan“ Vorstellungen eines „ethnic engineering“ entwickelte. Dieser sah die Abtretung von Gebieten, aber auch die Aussiedlung von Deutschen aus den Randgebieten vor. Solche Transfervisionen entsprangen einem Denken in Kategorien vom ethnisch reinen Nationalstaat, eine Frucht des europäischen Nationalismus des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Die britische Seite nahm zu Beginn des Zweiten Weltkriegs noch Abstand von solcherlei Plänen. Nach dem Heydrich-Attentat und der Lidice-Aktion der deutschen Besatzungsmacht von 1942 schwenkte sie jedoch um und anerkannte die radikalen Ziele des tschechoslowakischen Exils in London. Die Möglichkeit eines Transfers von Bevölkerungen aus dem Osten und der Mitte des Kontinents wurde nun als grundsätzliche Möglichkeit festgestellt. Beamte im Foreign Office, darunter auch der Historiker Arnold Toynbee, sind Autoren vergleichbarer Memoranden. Beneš erhielt zu solchen Maßnahmen ab 1942 nicht nur die Zustimmung von britischer Seite, sondern auch von der Roosevelt-Administration und Stalin, der aber noch zögerte, die Rote Armee dabei in den Vordergrund zu rücken.

- Nach Kriegsende ereigneten sich dann „wilde Vertreibungen“, 750.000 Sudetendeutsche werden Opfer der gewaltsamen Bevölkerungsverschiebung nach Deutschland und Österreich. Für Beneš war dies aber noch zu wenig. Das Potsdamer Abkommen vom August 1945 sollte dann ein Ende der „wildem Vertreibungen“ einleiten. Diese sollten auf „ordnungsgemäße und humane Weise“ erfolgen, was sich jedoch als Lippenbekenntnis und Hohn erwies. Der Alliierte Kontrollrat stimmte den Vorgängen auch zu. So erfolgten 1945/46 „kontrollierte Aussiedlungen“ aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn. Bemerkenswert ist der Umstand, dass sich Tito dieser Politik nicht anschloss – obwohl es Pläne serbischer Nationalisten gab, die Donauschwaben auszusiedeln, und der slowenische Volksbefreiungsrat Pläne für eine Vertreibung der untersteirischen Gottscheer Deutschen konzipiert hatte. Die Avnoj-Beschlüsse sahen, so Suppan, keine Vertreibungen vor. Gemeinsam ist ihnen jedoch mit den Beneš-Dekreten die Herbeiführung von Enteignungen im Bereich Gewerbe, Landwirtschaft und Privatbesitz, die praktisch dann auch auf Abwanderung hinausliefen. Vielfach handelte es sich dabei um mittellose Zwangsausgesiedelte. Die genauen Bevölkerungszahlen und Flächenangaben nannte der Referent in seinen Ausführungen.

- Suppan ging dann auf die Folgen der Vertreibung ein: Verarmte Landstriche und verlassene Gebiete, Neuangesiedelte, die wenig Heimatgefühl entwickelten angesichts des Wissens, dass in den neu besiedelten Gebieten einmal andere Menschen lebten. Freudenthal wird als eine der ärmsten Regionen in der Tschechischen Republik bezeichnet. In der Wojwodina war der Bevölkerungsverlust nicht mehr ersetzbar.

- Die Außen- und Friedenskonferenz in Paris 1946 widmete sich diesen Fragestellungen und Problemen nicht mehr. Minderheitenregelungen wurden keine getroffen – außer diejenige betreffend die Südtirolfrage im Wege des Gruber-De Gasperi-Abkommens, die zunächst aber eine halbherzige und wenig zielführend bleibt. Bonn verzichtete in weiterer Folge auf die Geltendmachung von Ansprüchen hinsichtlich der alliierten und assoziierten Mächte.

- Abschließend ging Suppan auf die Annäherungswerte der Kriegstotenzahlen ein und betonte dabei die Schwierigkeiten ihrer exakten Bestimmung. Erst im Sommer 2007 waren Exhumierungen von Massengräbern südöstlich von Maribor erfolgt, die Zahlenaktualisierungen erforderlich machten. Die für alle Länder bis dato feststehenden Opferzahlen wurden im Vortrag genannt.

Suppan merkte grundsätzlich an, dass in der Erinnerung der Menschen das erlittene Unrecht weit stärker ausgeprägt ist als das begangene Unrecht. Der Nationalitätenkonflikt der Habsburger Monarchie verstärkte sich nach 1918 weiter und wurde mit neuen Methoden brutaler und härter ausgetragen. Von einer Historisierung sei man noch weit entfernt. Die Gesamtbilanz der Folgen von Repression, Unterdrückung, Deportation, Transfer und Verschiebung lautet insgesamt für alle Betroffenen (nicht nur die deutschsprachige Bevölkerungsteile!) in etwa folgendermaßen: 40 Millionen Menschen fanden bis 1945 und in der unmittelbaren Nachkriegszeit im Osten und Südosten den Tod, für 30 Millionen bedeuteten Krieg und Folgen den Verlust der Heimat. Vor diesem Hintergrund erscheint das Ende und die Auflösung der Habsburger Monarchie von 1918, die einen langewährenden und über weite Strecken auch funktionierenden Zusammenhalt der verschiedenen Nationalitäten ermöglicht hatte, in einem völlig anderen Licht.